

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846-48 ppbn d

Inhalt

Erwin Horn MdB zur Position der CDU/CSU in der Sicherheitspolitik

Seite 1/2

Helmut Sieglerschmidt MdB zum Wahlprogramm der Europäischen Volkspartei

Seite 3/4

Brigitte Erler MdB zur Schließung des deutschen Konsulats in Windhoek

Seite 5

Herausgeber und Verleger:

Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Kölner Straße 108-112,
5300 Bonn-Bad Godesberg
Telefon: (0 22 21) 37 66 11

32. Jahrgang / 173 / 9. September 1977

CDU/CSU ohne sicherheitspolitische Perspektive

Unsere Sicherheit braucht Verteidigungsbereitschaft und Entspannung

Von Erwin Horn MdB
Stellvertretender Obmann der Arbeitsgruppe Sicherheit der SPD-Bundestagsfraktion

Die Verteidigungsdebatte des Deutschen Bundestages über die Großen Anfragen aller Bundestagsfraktionen lief am 8. September 1977 in einer Atmosphäre der Sachlichkeit und der Ausgeglichenheit. In dieser Bundestagsdebatte wurden wieder Grundsatzelemente der Sicherheitspolitik diskutiert, wie dies lange Zeit nicht der Fall war. Dabei wurden allerdings die Nuancen sichtbar im sicherheitspolitischen Verständnis der Parteien. Die unterschiedlichen Auffassungen traten bei zwei Problemen auf, die sich seit der Einbringung der Großen Anfragen ergaben:

1/ In der Bundesrepublik Deutschland und in den USA wurde eine neue Strategiediskussion eröffnet. Sie ist noch nicht abgeschlossen, obwohl es vielfältige Versuche gibt, diese zu unterbinden. Die Diskussion über die Weser-Lech-Linie ist überholt. Die Zusagen der amerikanischen Regierung zur Vorverteidigung sind im Sinne der politischen Glaubwürdigkeit und der deutschen Verteidigungsbereitschaft absolut notwendig. Sie verdienen weder Mißtrauen noch Anerkennung. Der Verteidigungsbeitrag der Bundesrepublik Deutschland für Eu-

ropa berechtigt die Bundesrepublik Deutschland zum Anspruch auf die Verteidigung ihres gesamten Territoriums.

Deprimierend war allerdings das Verhalten der CDU/CSU zu den Überlegungen, die die FDP-Fraktion in die Diskussion brachte. Sprecher der SPD haben sich in differenzierter Weise gegen die dort vorgebrachten strategischen Konzeptionen ausgesprochen, während die CDU/CSU in apodiktischer Weise diese Diskussion grundsätzlich ablehnt. Es ist bezeichnend für die Partei, die den Bundestagswahlkampf unter dem Slogan der Freiheit geführt hat, daß sie selbst dort überall Denkverbote errichtet, wo andere Auffassungen als die eigenen vertreten werden.

2/ Dies zeigt sich auch bei dem zweiten entscheidenden Problem der Debatte über die ständigen Waffenentwicklungen und über die ständigen Bemühungen um Rüstungskontrollen bei SALT und MBFR.

Hier zeigte sich, daß unveränderte Grundpositionen bestehen. Die Koalitionsparteien ringen darum, die Sicherheitspolitik als Zusammenwirken beider Komponenten zu sehen. Verteidigungsbereitschaft und Entspannung sollen unsere Sicherheit gewährleisten.

Dagegen bleiben CDU und CSU in den Kategorien des militärischen Sicherheitsdenkens stecken. Bezeichnend ist das statische Denken der Opposition und ihres Sprechers Dr. Wörner. Auch die eleganteste Doktrin kann keinen Ersatz schaffen für verteidigungspolitische Anstrengungen. Sichtbarer könnte kaum die Phantasielosigkeit der Opposition dokumentiert werden, während der Bundesverteidigungsminister sehr deutlich zum Ausdruck brachte, daß die Sicherheitspolitik keine statische Angelegenheit, sondern ein dynamischer Prozeß sei.

Die Opposition verfügt nicht nur über keine Alternativen, sie hat auch keine Perspektiven. Und dies ist im Grunde der schwerste Vorwurf, der gegen eine politische Partei erhoben werden kann. Alle Aussagen der Oppositionssprecher bezogen sich als Jeremiade auf den angeblich beklagenswerten Zustand der Bundeswehr, der NATO und des Westens. Man konnte geradezu den Fäulnisgeruch feststellen, den die Opposition bei ihrer Diagnose über das westliche Bündnis beschwor. Die Partei beschwört sicherheitspolitisch wie auch sonst einen Zustand der Apokalypse und des Niedergangs. Die deutschen Konservativen haben immer dem Kulturpessimismus gehuldigt. Liberale Vielfalt, Pluralismus und Komplexität der Probleme sind ihnen ein Grauel. Als Vorstufe des faschistischen Einheitsstaates müssen sie deshalb law and order beschwören.

Die sozialliberale Koalition sieht die Sicherheit durch angemessene Verteidigung und Entspannung gewährleisten. Die CDU/CSU beschwört nur die Apokalypse. Sie ist die Partei der Hoffnungslosigkeit und des Niedergangs. (-/9.9.1977/bgy/hgs)

Mit unklaren Sprüchen in den europäischen Wahlkampf

Zum Entwurf des politischen Programms der Europäischen Volkspartei

Von Hellmut Sieglerschmidt MdB
Mitglied des Europäischen Parlaments

Die Zusammenschlüsse gleichgerichteter Parteien in der Europäischen Gemeinschaft stehen mit dem beginnenden Wahlkampf für die Direktwahl zum Europäischen Parlament vor ihrer Bewährungsprobe. Sie müssen beweisen, daß sie zu einer solchen gemeinsamen Aktion organisatorisch und programmatisch in der Lage sind. Es gilt die Hemmnisse zu überwinden, die sich natürlicherweise im Zusammenwirken recht unterschiedlich strukturierter nationaler Parteien ergeben. Man kann dies, wie das Beispiel des Bundes Sozialdemokratischer Parteien der Europäischen Gemeinschaft und der Europäischen Volkspartei zeigt, auf zweierlei Weise versuchen.

Symptomatisch sind hier schon die Namen der erwähnten Parteien-Zusammenschlüsse. Während der Bund Sozialdemokratischer Parteien mit seinem Namen realistisch der Tatsache Rechnung trägt, daß es der gegenwärtige Entwicklungsstand nicht erlaubt, von einer europäischen sozialdemokratischen Partei zu sprechen, ignoriert der Zusammenschluß der christlich-demokratischen Parteien diesen Sachverhalt, obwohl die Unterschiede und Reibungen zwischen ihnen gerade in den letzten sechs Wochen deutlich genug geworden sind. Auf die Absichten von Franz Josef Strauß und der CSU, zusammen mit den französischen Gaullisten unter Chirac eine konservative Gruppierung in der Europäischen Gemeinschaft zu schaffen, soll hier nur hingewiesen werden. Unter diesen Umständen von einer Europäischen Volkspartei zu sprechen ist schlicht Etikettenschwindel. Dem entspricht, daß die Zusammenfassung christlich-demokratischer Wahlkampfziele anspruchsvoll als Programm bezeichnet wird, während das vergleichbare sozialdemokratische Dokument sich bescheidener Wahlplattform nennt.

Nun wäre dagegen nichts zu sagen, wenn sich das "politische Programm" der christlich-demokratischen Parteien durch größere programmatische Bestimmtheit von der sozialdemokratischen Wahlplattform unterscheiden würde. Schaut man sich die beiden Entwürfe jedoch an, so ist ihr Verhältnis zu einander in diesem Punkt eher umgekehrt. Also

auch hier wird der europäische Bürger, der sich nicht in die Einzelheiten des Entwurfs vertieft, durch ein falsches Etikett getäuscht. Ohne den Entwurf im einzelnen zu analysieren, soll nachfolgend an einigen der darin verwendeten Formulierungen die Richtigkeit der vorstehenden Feststellung aufgezeigt werden.

Was soll man sich unter der Forderung nach einer "partizipatorischen Demokratie" vorstellen? Das Wort partizipatorisch geht auf den Begriff teilnehmen zurück. Gibt es eine Demokratie ohne Teilnahme der Bürger? Es handelt sich also dabei offensichtlich um einen weißen Schimmel. Dem Leser wird nicht gesagt, was damit gemeint ist, wenn es denn überhaupt mehr als Wortgeklingel ist. Entsprechendes gilt für die "partnerschaftliche Gesellschaft", die als der bessere Weg bezeichnet wird. Auch hier wird nicht erklärt, was unter einer solchen Gesellschaft zu verstehen ist. Die Christlichen Demokraten wollen sich unter anderem für das Recht auf Einkommen und Gesundheit einsetzen. Da fehlt doch eigentlich gerade in diesem Sommer noch das Recht auf schönes Wetter. Jede Form des kulturellen Schaffens soll gefördert werden. Jede Form? Da werden sich die Verfechter des Programms beim Wort nehmen lassen müssen, wenn es etwa um ihnen politisch mißliebige Künstler und Schriftsteller geht.

Auch in anderen Einzelpunkten des Programms stellen sich Fragen nach dem Sinn der Forderungen ein. So sollen Ballungsgebiete aufgelöst werden. So einfach ist das! Als ob nicht jeder, der sich mit dieser schwierigen Frage ernsthaft befaßt, wüßte, daß sie mit einer solchen Roßkur nicht zu lösen ist. Ein weiteres Beispiel pompöser Vorschläge ist die geforderte Errichtung eines Rates zur Verteidigung der Menschenrechte. Es gibt bekanntlich im Bereich der Vereinten Nationen eine Menschenrechtskommission und einen Ausschuß für Menschenrechte. Im Bereich des Europarates dienen die Europäische Kommission für Menschenrechte und der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte dem Schutz der Rechte und Grundfreiheiten auf diesem Gebiet. Eine neue Institution dieser Art kann mindestens diesen Schutz nicht verstärken, wird ihn allenfalls komplizieren.

Sicherlich enthält das Programm auch eine Reihe durchaus konkreter und begrüßenswerter Forderungen. Dies gilt insbesondere für die Feststellung, daß es die Aufgabe des Staates sei, die großen wirtschaftlichen und sozialen Leitlinien in einer Rahmenplanung anzugeben und daß das Parlament hierüber zu beschließen habe. Wenn man sich jedoch vergegenwärtigt, daß CDU und CSU das Wort Planung fürchten wie der Teufel das Weihwasser, wird die Frage erlaubt sein, wann die Opposition im Bundestag wohl einen Vorschlag für eine solche Rahmenplanung einbringt. Oder ist damit zu rechnen, daß von deutscher Seite noch für die Entfernung dieses sozialistischen Pferdefußes aus dem Programm gesorgt wird? (-/9.9.1977/ks/hgs)

+ + +

Konsulat in Windhoek wird geschlossen - endlich!

Ein seit elf Jahren überfälliger Schritt zur Glaubwürdigkeit

Von Brigitte Erler MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Lange hat es gedauert, bis sich die Bundesregierung zu einem seit elf Jahren überfälligen Schritt entschlossen hat: das deutsche Konsulat in Windhoek wird am 31. Oktober 1977 zugemacht. Nachdem auch die Portugiesen sich zurückgezogen hatten, war die Bundesrepublik noch das einzige Land, das sich ständig den Angriffen der ganzen Welt wegen inkonsequenten Verhaltens aussetzte: Auf der einen Seite erkannten wir den Spruch des Internationalen Gerichtshofes von Den Haag an, daß die Republik Südafrika keinerlei Rechte mehr in Namibia habe. Andererseits wurde die Exequatur für das Konsulat in Windhoek weiterhin in Pretoria eingeholt, auch wenn dieses nicht unserer Botschaft in Südafrika, sondern dem Auswärtigen Amt direkt untersteht.

Das Konsulat bestätigte viele Afrikaner in ihrer Meinung, der Bundesrepublik könne man nicht trauen. Sie lege zwar Lippenbekenntnisse gegen Rassismus und Apartheid ab, ihre Taten aber bewiesen das Gegenteil.

Ein Symbol solch doppelzüngiger Politik wird nun endlich beseitigt. Die Argumente der Opposition, man brauche das Konsulat zum Schutze der Deutschen, sind nicht nur unterschwellig rassistisch, weil sie dauernd nur von einem Schutz der Weissen vor den Schwarzen sprechen, obwohl die Schwarzen dort von Weissen unterdrückt werden und nicht umgekehrt. Sie sind auch von der praktischen Seite her unsinnig: Der Fall einer eventuellen Gefährdung deutscher Staatsbürger tritt ja nur ein, weil diese sich zu eng mit der südafrikanischen Fremdherrschaft in Namibia verbunden haben. Eine Vertretung brauchen sie also dann, wenn die Namibianer, Schwarze wie Weisse, eine unabhängige Regierung bilden. Wer aber könnte es einer neuen namibianischen Regierung verübeln, wenn sie als erst einen von Südafrika anerkannten Konsul des Landes verwies, während sie Botschaften aller übrigen Länder der Welt willkommen heißt?

Mit der Schließung des Konsulats wird die Bundesregierung ein glaubwürdigerer Verhandlungspartner für die Namibianer bei ihren Vermittlungsbemühungen um eine friedliche Lösung im Rahmen der UN-Sicherheitsrats-Mächte. Wenn Schwarzen und Weissen in Namibia wirklich etwas hilft, dann ist es die rasche Unabhängigkeit, damit nicht noch mehr Blut vergossen wird. Doch dazu können wir nur beitragen, wenn wir uns unzweideutig zur Selbstbestimmung bekennen. Mit der Schließung des Konsulats ist ein weiterer Schritt in die richtige Richtung getan.

(-/9.9.1977/bgy/hgs)